

Halb bei Mami, halb bei Papi

Sorgerecht Ein neuer Kinderschutzverein unterstützt Scheidungskinder und hilft deren Eltern

VON DENNIS BÜHLER

Schon die kleinsten Dinge können kompliziert sein: Wer kümmert sich darum, dass das Kind jede Woche rechtzeitig ins Fussballtraining kommt, dass es die Hausaufgaben macht und regelmässig Klavier übt - Mami oder Papi? Wenn sich Eltern scheiden lassen und das Kind auf einmal an zwei Orten zu Hause ist, ist eine gute Absprache elementar. Erschwert wird diese, wenn sich die Eltern im Streit getrennt haben oder sich gar Anwälte auf den Hals hetzen. Spätestens dann ist das Kindeswohl gefährdet.

Um dieses zu wahren, hat Marcel Enzler gestern die neue Kinderschutzorganisation Kisos gegründet. Sie richtet ihr Angebot auf Kinder aus, deren Eltern sich in einer Trennungs- oder Scheidungssituation befinden. «Bisher befassen sich praktisch alle Kinderorganisationen bloss mit den Folgen von körperlichen oder sexuellen Übergriffen», sagt der 42-Jährige aus Embrach im Kanton Zürich, der selbst getrennt ist und eine siebenjährige Tochter hat. «Doch auch unter psychischer Gewalt - die bei Trennungen und Scheidungen oft vorkommt - leiden Kinder enorm.»

Kisos versteht sich als Netzwerk von Juristen, Anwälten, Psychologen, Pädagogen und Rechtswissenschaftlern, soll aber vor allem auch praktische Tipps für Eltern bereithalten, damit diese ihr Kind während oder nach der Trennungsphase bestmöglich betreuen können. Der Verein ergänzt die Online-Plattform «wechselmodell.ch», die Enzler vor einem Jahr gegründet hat. Dort finden Eltern einen Tool, der ihnen die Organisation des Alltags erleichtern soll.

Mit dem Bündner FDP-Regierungsrat Christian Rathgeb hat Kisos einen ersten prominenten politischen Fürsprecher. «Den Interessen der Kinder in Scheidungs- und Trennungsverfahren sollte mehr Aufmerksamkeit und ein höherer Stellenwert zukommen», sagt er. «Sie werden immer wieder zu Spielbällen und in schweren Fällen psychisch durch einen Elternteil misshandelt.»

Rathgeb und Enzler engagieren sich für das Modell der alternierenden Obhut, bei dem das Kind abwechselnd bei Mutter und Vater lebt und sich diese die Betreuung gleichberechtigt teilen. Auch in der Fachliteratur gilt es als für das Kindeswohl bestmögliche Variante, wenn das Kind bei jedem Elternteil mindestens 30 Prozent seiner Zeit verbringt. Und auch das Parlament hat sich im Frühjahr für dieses Modell ausgesprochen: Das Kindesunterhaltsrecht enthält seither einen Passus, wonach das Gericht auf Antrag eines Kindes oder eines Elternteils die alternierende Obhut prüfen muss und sie auch gegen den Willen eines Elternteils anordnen kann, wenn es für das Kindeswohl als ideal erscheint.

Unklares Bundesgerichtsurteil

Schon seit Sommer 2014 und einer entsprechenden Gesetzesänderung kommt es nur noch selten vor, dass ein Elternteil das alleinige Sorgerecht zugesprochen erhält. Vor einem Monat allerdings hat das Bundesgericht zugunsten einer Mutter entschieden, weil sie mit dem Vater «erhebliche und chronische Konflikte und Kommunikationsstörungen» habe. Enzler bereitet dieses Urteil Sorgen. «Väter und Mütter, die für ein alleiniges Sorge-

Wenn sich Eltern scheiden lassen und das Kind auf einmal an zwei Orten zu Hause ist, ist eine gute Absprache elementar.

GAETAN BALLY/
KEYSTONE



recht kämpfen, wissen jetzt: Je länger sie streiten und je unnachgiebiger sie sich zeigen, desto eher erhalten sie Recht.»

Justizministerin Simonetta Sommaruga versuchte, solche Bedenken gestern in der Fragestunde im Nationalrat zu zerstreuen. Auf eine Frage des Genfer SPlers Carlo Sommaruga sagte sie, beim Urteil des Bundesgerichts handle es sich bloss um eine «erste Entschei-

dung». Die Lausanner Richter hätten klar gemacht, dass Meinungsverschiedenheiten, «wie sie in allen Familien vorkommen», nicht Anlass für eine Alleinverteilung des Sorgerechts seien.



Sorgerecht bei Scheidungen: Werden Männer benachteiligt? Diskutieren Sie online.

E-Voting

Kantone brechen Projekt ab

Die neun Kantone, die sich zur Entwicklung eines E-Voting-Systems zusammengenommen hatten, verzichten auf eine Weiterentwicklung des Projekts. Denn der Bundesrat will das System an den eidgenössischen Wahlen wegen eines Sicherheitsrisikos nicht zulassen. Die Absage des Bundesrats habe das Vertrauen in das E-Voting-System stark belastet, teilte der Kanton Graubünden mit. Eine Nachbesserung dieses E-Voting-Systems nach den Vorgaben des Bundes hätte voraussichtlich «erhebliche Kosten» verursacht, die für die betroffenen Kantone nicht vertretbar gewesen wären. Die Bundeskanzlei hat den Entscheid der Konsortiums-Kantone zur Kenntnis genommen. (SDA)

Falsche Betreibungen

Nationalrat will mehr Schutz

Wer ungerechtfertigt betrieben wird, soll dafür sorgen können, dass Dritte nicht von der Betreibung erfahren. Dafür hat sich am Montag der Nationalrat als Erstrat ausgesprochen. Einzig die SVP lehnte das Geschäft wegen des bürokratischen Mehraufwands ab. Grund für den Vorstoss im Parlament ist die Tatsache, dass es heute relativ aufwendig ist, bei ungerechtfertigten Betreibungen einen Eintrag aus dem Betreibungsauszug entfernen zu lassen. Ein Eintrag kann aber erhebliche Nachteile mit sich bringen, insbesondere bei der Stellen- und Wohnungssuche oder bei Kreditanträgen. (SDA)

Ständerat zimmert an Energiewende

Strategie 2050 Trotz Vorbehalten der Wirtschaft will der Ständerat die Energiewende vorantreiben. Sorgen bereiten ironischerweise die aktuell tiefen Strompreise.

VON ANNA WANNER

Seit die Bundespolitik nach der Katastrophe in Fukushima den Atomausstieg beschlossen hat, will niemand mehr zurück. Ein neues Atomkraftwerk? Unvorstellbar. Das zeigte sich gestern, als der Ständerat mit der Beratung der Energiestrategie 2050 begonnen hatte. So sagte der Berner BDP-Ständerat Werner Luginbühl: «Niemand denkt heute im Traum daran, in ein neues AKW zu investieren.» Er muss es wissen, sitzt er doch im Verwaltungsrat eines Stromkonzerns. In den nächsten zwei Tagen entscheidet der Ständerat bloss noch, wann die Kraftwerke vom Netz gehen und wie der Schritt vollzogen werden soll.

Economiesuisse abgeblitzt

So unbestritten der Ausstieg, so schwierig erscheint das Auffüllen der Stromlücke, welche die Atomkraft hinterlassen wird: 40 Prozent des Stroms fallen weg. Und die erneuerbaren Energien leisten bisher nicht, was man sich von ihnen versprochen hatte. Trotzdem will eine deutliche Mehrheit des Ständerats die Energiewende vorantreiben. Mit 39:2 trat er auf die Vorlage ein. Heute und morgen folgt die Detailberatung.

Zwar versuchte der Wirtschaftsdachverband Economiesuisse in einer Hauruck-Übung, die Vorlage noch aufzuschieben. Doch der Antrag auf Rückweisung, den Thomas Hefti (GL/FDP) kurz vor Debattenbeginn eingereicht hatte, unterstützten nicht einmal seine Parteifreunde. Energie-

wende Ja. Aber wie? Bedenken über deren Gelingen waren weit gestreut. Und nicht nur, weil sie sowohl Haushalte wie auch Unternehmen etwas kosten wird. Im Gegenteil. Roland Eberle (TG/SVP) fasste es kurz: «Der Strommarkt ist durch die tiefen europäischen Strompreise versaut.» Die Preise für Strom liegen im Keller, es gibt eine Überproduktion, was wie-

«Der Strommarkt ist durch die tiefen europäischen Strompreise versaut.»

Roland Eberle Ständerat (TG/SVP)

derum Wasserkraft kaum mehr rentabel macht. Die Folge: Die wichtigste hiesige Stromquelle droht zu versiegen. Der Ständerat muss sich deshalb entscheiden, ob er nicht nur die neuen erneuerbaren Energien wie Wind und Sonne weiterhin finanziell unterstützen will, sondern auch die Wasserkraft vermehrt subventionieren soll. Beides ist umstritten.

Bundesrat gegen Abhängigkeit

Bundesrätin Doris Leuthard hielt den kritischen Ständeräten den Spiegel vor und erinnerte sie daran, dass nicht alleine eine Strom-, sondern eine Energielücke gefüllt werden müsse. Und dass folglich die Abhängigkeit vom Ausland weit grösser ist als oft postuliert. Die Schweiz bezieht 77 Prozent ihrer Energie aus dem Ausland. Zwar ist das im Moment billig, der Preissturz fossiler Energie sei aber nicht nachhaltig, so Leuthard. «Die Situation wird nicht so bleiben. Gerade im Energiemarkt ist vieles verfälscht, vieles politisch gesteuert.» Deshalb müsse sich die Schweiz von ihrer Abhängigkeit lösen, sich endlich bewegen. Leuthards Rezept richtet sich aber nicht nur an die Unterstützung sauberer Energien, sie fordert weniger Verbrauch und mehr Effizienz.

INSERTAT

«Vivo-Kunden surfen jetzt noch schneller.»

Bereits über 1 Million Kunden vertrauen auf Vivo. Holen auch Sie sich Ihr individuelles Vivo-Paket auf Glasfaser und profitieren Sie von gleicher Upload- und Download-Geschwindigkeit.

Willkommen im Land der Möglichkeiten.

Vivo-Pakete

ab **CHF 49.-** /Mt.*

Ohne Festnetztelefonie, mit Swisscom TV 2.0 light, Internet und NATEL® infinity M bis XL

swisscom.ch/configurator



*Nettopreis bei Abschluss eines Vivo XS-Paketes (mit Swisscom TV 2.0 light, ohne Festnetztelefonie) und dessen Kombination mit einem NATEL® infinity plus-Abo M (CHF 99.-/Mt.), L (CHF 129.-/Mt.) oder XL (CHF 179.-/Mt.). Mindestbezugsdauer aller Vivo-Pakete: 12 Mte. Mindestvertragsdauer eines NATEL® infinity plus-Abos: 12 Mte.

